

Urlaub kann für Staatsdiener zum Verhängnis werden

Im Amt für Soziale Dienste wird Fall von Unterschlagung ermittelt

Von unserem Redakteur
Wigbert Gerling

BREMEN. Urlaubszeit. Der Staatsdiener im Amt für Soziale Dienste (AfSD) war ausgeflogen – und offenbar genau dadurch begünstigt ist der Fall nun aufgefliegen. Zwei Konsequenzen bisher: eine Strafanzeige wegen Unterschlagung, dazu die Kündigung für den Mitarbeiter. Er steht unter akutem Verdacht, öffentliche Mittel in die eigenen Tasche gewirtschaftet zu haben. Rund 20000 Euro soll der Bedienstete nach und nach über mehrere Monate auf sein privates Bankkonto gelenkt haben.

Verhängnis statt Vergnügen – so dürfte der Mitarbeiter, dem Unterschlagung in mehreren diskreten Manövern am Arbeitsplatz angelastet wird, seinen Urlaub in diesem Jahr verbuchen. Denn in seiner Abwesenheit vom Arbeitsplatz fiel bei einer Routineprüfung die verblüffende, weil hundertprozentige Übereinstimmung seiner privaten Kontonummer mit der Kontonummer ei-

Rückkehr aus seinem Urlaub zur Rede gestellt wurde. Bei dieser „sofortigen Anhörung“ sei der Beschuldigte angesichts der Vorhaltungen geständig gewesen.

Auch wenn noch nicht jede Einzelheit untersucht ist – so viel hat sich, wie es heißt, bereits abgezeichnet: Seit Jahresbeginn seien etwa fünf Unterschlagungen aufgefallen, bei denen der finanzielle Schaden von rund 20000 Euro angerichtet worden sei.

Bisher steht in den Sternen, ob der Mitarbeiter seinen Posten im Amt für Soziale Dienste oder anderswo in der Behördenwelt überhaupt retten kann. Die Verantwortlichen in der Verwaltung haben dem Vernehmen nach jedenfalls unverzüglich die Aufklärungsarbeit eingeleitet und den Mitarbeiter vom Dienst suspendiert. Zudem wurde ihm eine „außerordentliche Kündigung“ zugestellt.

Diese Kündigung ist intern aber offenkundig noch umstritten und sorgt für reichlich Diskussionsstoff. Denn trotz der Unterschlagung, die der Beschuldigte ja bei der Anhö-